

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

der Handelskonflikt zwischen den USA und China hat die Märkte fest im Griff. Hinzu gesellten sich in der Berichtswoche schlechte Wirtschaftsdaten. Vor allem enttäuschten die Einkaufsmanagerindizes. Die Sorgen über die Entwicklung des Welthandels nehmen zu. An den Aktienbörsen waren Verluste zu verzeichnen. Sichere Rentenpapiere wie US-Treasuries und Bundesanleihen waren hingegen gesucht. US-Staatspapiere rentierten mit 2,3 Prozent sogar so tief wie zuletzt im Herbst 2017.

Viel Spaß beim Lesen wünscht

Ihr Portfoliomanagement

Union Investment Privatkunden



# Marktticker



## Inhaltsverzeichnis

### Aktien:

- Handelskonflikt drückt Stimmung
- ifo-Geschäftsklimaindex schwächer als erwartet
- Deutsch Bank-Aktie erreicht neues Rekordtief

### Renten:

- „Green Bonds“ im Kommen
- US-Notenbank Fed bleibt „geduldig“
- Geringere Risikoneigung stützt Staatsanleihen

### Ausblick:

- Inflationsdaten aus den USA und dem Euroraum
- Wahl zum Europäischen Parlament

## Kursveränderungen

Marktindikator	Stand	Wertentwicklung	
	am 24.05.2019 ca. 16:00	seit 17.05.2019	seit 28.12.2018
Dow Jones	25.629	-0,5%	11,1%
EURO STOXX 50	3.357	-2,0%	12,4%
Dax 30	12.034	-1,7%	14,0%
Nikkei 225	21.117	-0,6%	5,5%
MSCI Emerging Markets	55.180	-1,2%	3,6%
Euro-Leitzins	0,00%	0 BP	0 BP
Rendite 10-jähriger Bundesanleihe	-0,11%	-1 BP	-35 BP
Iboxx Euro Sovereign	242,11	0,0%	3,0%
Spread EMU Unternehmen- zu EMU-Staatsanleihen	82	5 BP	-21 BP
US-Leitzins	2,50%	0 BP	0 BP
Rendite 10-jähriger US-Treasury-Bonds	2,33%	-6 BP	-39 BP
Euro-Wechselkurs in USD	1,12	0,3%	-2,2%
Ölpreis (WTI) in USD/Barrel	58,17	-7,3%	28,3%

## Aktien

### Handelskonflikt drückt Stimmung

In dieser Woche dominierten die Bären das Marktgeschehen an den Aktienmärkten. Als belastend erwies sich erneut der Handelskonflikt zwischen den USA und China. Die Anleger befürchteten derzeit eine Eskalationsspirale im Handelsstreit zwischen den beiden größten Volkswirtschaften der Welt. Es bestünde auch die Sorge vor einem strategischen Machtkampf. Infolgedessen verbuchten die internationalen Aktienmärkte, gemessen am MSCI World-Index, im Wochenvergleich einen Rücksetzer von 1,4 Prozent. In den USA waren die Vorzeichen ebenfalls negativ. Der marktbreite S&P 500-Index wies am Freitagnachmittag ein Minus von 0,7 Prozent auf. Technologiewerte standen in der vergangenen Woche noch stärker unter Druck. Die Branche ist nach den Sanktionen gegen den Telekomausrüster Huawei besonders in den Marktfokus gerückt. Nicht nur zuletzt die Überlegung seitens der USA, nach Huawei den Handel mit fünf weiteren chinesischen Tech-Unternehmen zu unterbinden, veranlasste Investoren sich mehrheitlich auf der Verkaufsseite zu positionieren. China stellte als Gegenreaktion seinen Technologie- und Softwareunternehmen eine zweijährige Steuerbefreiung in Aussicht. Angesichtes der verhärteten Fronten verzeichnete der NASDAQ-Index ein Minus von 1,7 Prozent. Die asiatischen Aktienmärkte standen wenig überraschend ebenfalls im Schatten des Handelskonflikts. Der Hang Seng China Enterprises Index knüpfte an die Verluste der Vorwoche an und verabschiedete sich um 2,3 Prozent leichter ins Wochenende. Auch im Euroraum ging es für den EURO STOXX 50-Index mit 1,9 Prozent abwärts. Insbesondere Automobilwerte gerieten in eine regelrechte Verkaufswelle. China gilt nach wie vor als einer der wichtigsten Absatzmärkte. Das deutsche Börsenbarometer (DAX) musste auch deutliche Korrekturen hinnehmen. Im Vergleich zur Vorwoche verbuchte der Index ein Minus von 1,6 Prozent.

### ifo-Geschäftsklimaindex schwächer als erwartet

Die Stimmung in den Chefetagen der deutschen Wirtschaft hat sich erneut eingetrübt. Dazu werden in einem monatlichen Rhythmus rund

9.000 Unternehmen befragt. In der letzten Runde fiel der Geschäftsklimaindex von 99,2 auf 97,9 Punkte, wie das Münchner ifo-Institut vergangenen Donnerstag mitteilte. Erwartet wurde hingegen nur leichter Rückgang auf 99,1 Zählern. Die schwächelnde Weltkonjunktur, Unsicherheiten rund um den Brexit und der zuletzt verschärfte Handelskonflikt zwischen den USA und China belasten die Geschäfte. Dabei verschlechterte sich die Stimmung im Dienstleistungssektor deutlich. Daneben ging es auch im Großhandel bergab. Im Bau-Bereich hingegen hellte sich das Geschäftsklima erneut auf. Insgesamt blieben immerhin die Aussichten für die kommenden sechs Monate unverändert.

### Deutsch Bank-Aktie erreicht neues Rekordtief

Am gestrigen Handelstag erreichte die Aktie der Deutschen Bank mit einem Kurs von 6,31 Euro ein Rekordtief. Taggleich fand auch in Frankfurt die Hauptversammlung des deutschen Branchenprimus statt. Zweifel am Geschäftsmodell, Vorwürfe in Verbindung mit Geldwäsche sowie die Hausdurchsuchung der Staatsanwaltschaft im vergangenen November sorgen derweil für ein schwindendes Vertrauen unter den Anlegern. Auch größere Stimmrechtsberater forderten die Entlastung des Aufsichtsratsvorsitzenden, Paul Achleitner, zu verweigern. Dennoch wurden Achleitner und der Vorstandsvorsitzende, Christian Sewing, mit 71,6 und 75,2 Prozent entlastet. Vor einem Jahr hatte Achleitner noch 84,4 Prozent Zustimmung bekommen. Der Vorstandsvorsitzende nutzte trotz dessen die Gunst der Stunde, um unter anderem einen massiven Umbau des derzeit unrentablen Investmentbankings zu signalisieren. „Wir sind zu harten Einschnitten bereit“, sagte er auf der Hauptversammlung. Zukünftig solle der Fokus auf jene Geschäfte liegen, die ausreichend profitabel oder als Dienstleistung für andere Geschäftsbereiche wichtig sind. In anderen Bereichen sollen ebenfalls kritische Prüfungen stattfinden. Die Anleger blieben dennoch skeptisch und die Talfahrt setzte sich am Freitag fort.

## Renten

### „Green Bonds“ im Kommen

Am europäischen Staatsanleihemarkt stand in der Berichtswoche das Marktsegment der Green Bonds im Blickpunkt. Diese „Grünen Anleihen“ gewinnen zunehmend die Sympathien der Anleger. Die Erlöse aus den Anleiheplatzierungen dienen hauptsächlich der Finanzierung von Klima- und Umweltschutzprojekten. Deren Platzierungspotenzial haben mittlerweile auch die Staaten als Anleiheemittenten erkannt. Neben verschiedenen Unternehmen platzierten in jüngerer Vergangenheit auch Länder wie Belgien, Frankreich, Polen oder Irland „Grüne Bonds“. Am Dienstag gab es in diesem Anleihesektor nun eine Premiere. Mit den Niederlanden hat sich nun erstmals ein mit der höchsten Ratingstufe dreifach-A benoteter Staat an den Primärmarkt für Green Bonds gewagt. Die Niederlande emittierten zum Debüt gleich einen Langläufer mit 20 Jahren Laufzeit. Die Anleihe im Umfang von letztlich sechs Milliarden Euro rief im Orderbuch eine Nachfrage von mehr als 21 Milliarden Euro hervor. Die Rendite des Papiers betrug bei Emission 0,57 Prozent und lag damit 18 Basispunkte über jener laufzeitgleicher Bundeilanleihen. Der Bund als Schuldner hat über die Finanzagentur kürzlich ebenfalls Pläne vorgestellt, in diesem aufstrebenden Marktsegment Papiere emittieren zu wollen. Bis dahin wird aber noch ein wenig dauern. Die hohe Nachfrage nach den niederländischen Papieren zeigt auf, wie attraktiv mittlerweile das Segment nachhaltiger Anlagen für die Anleger ist.

### US-Notenbank Fed bleibt „geduldig“

Die US-Notenbank veröffentlichte zur Wochenmitte das Protokoll der Sitzung vom 1. Mai. Die Einschätzung der FOMC-Mitglieder zu den Auswirkungen der anhaltend niedrigen Inflation auf die Geldpolitik gehen dem Protokoll zufolge recht auseinander. Insgesamt bleibt die Fed aber unverändert bei der Erkenntnis, dass man hinsichtlich des nächsten Zinsschrittes weiterhin „geduldig“ bleiben könne. Somit bleibt die US-Zinspolitik vorerst unverändert. Hinsichtlich der Steuerung der Notenbankbilanz gab es mit Blick auf die Laufzeit des

Anleiheportfolios noch keine gemeinschaftliche Linie. Das Thema wird die Ausschussmitglieder weiterhin beschäftigen.

### Geringere Risikoneigung stützt Staatsanleihen

Die vor dem Hintergrund des verschärften Handelskonfliktes und schwächerer Wirtschaftsdaten (dabei in erster Linie der Einkaufsmanagerindizes) zuletzt eher mäßige Risikoneigung der Anleger unterstützte die Staatsanleihemärkte. Auch sorgte die Spekulation auf US-Zinssenkungen für steigende Anleihekurse. Mit 2,32 Prozent am Freitagmittag erzielten zehnjährige US-Treasuries den tiefsten Stand seit Herbst 210. Die US-Kurve verschob sich in der Berichtswoche um bis zu sieben Basispunkte nach unten.

Am europäischen Staatsanleihemarkt fiel die zehnjährige Bundrendite auf minus 12 Basispunkte. Eine zur Wochenmitte anberaumte Aufstockung von Zehnjahrespapieren konnte trotz negativer Rendite von sieben Basispunkten erfolgreich bei den Anlegern platziert werden – Sicherheit bleibt Trumpf. Auch Italien, Spanien und Portugal wiesen zum Schluss der Handelswoche rückläufige Renditen auf. So sorgten die Pläne der amtierenden spanischen Wirtschaftsministerin, das Nettoanleiheemissionsvolumen und damit auch die Verschuldung Spaniens zu reduzieren, für gute Stimmung. Bereits im laufenden Jahr wird eine Verringerung um fünf Milliarden Euro erfolgen. Der Spread gegenüber laufzeitgleichen Bundesanleihen (zehn Jahre) hatte sich in der Berichtswoche auf nur noch 93 Basispunkte verringert. Am heutigen Freitagabend steht zudem die Ratingüberprüfung Spaniens durch Moody's sowie Portugals durch die Agentur Fitch auf der Agenda. Britische Staatsanleihen (Gilts) legten gegen Wochenschluss deutlich zu. Im Rahmen des erwarteten und dann am Freitag angekündigten Rücktritts von Premierministerin Theresa May als Parteichefin fiel die Zehnjahresrendite am britischen Staatsanleihemarkt auf 95 Basispunkte und erreichte damit ein Zweijahrestief. Unternehmensanleihen und auch Rentenpapiere aus den Schwellenländern verzeichneten im Rahmen der verminderten Risikofreude steigende Risikoprämien (Spreads).

## Ausblick

Am Sonntagabend geht dann die bereits laufende Wahl zum Europäischen Parlament zu Ende. Mit deren Ergebnissen starten wir dann am Montag in die neue Handelswoche. Der US-Markt gönnt sich zum Wochenstart aufgrund des Feiertages eine Handelspause. Wir rechnen mit einem ausgedünnten Handel zum Wochenaufakt.

In der neuen Handelswoche stehen in erster Linie Inflationsdaten im Blickpunkt. Am Freitag wird in den USA der PCE-Preisindex (Personal Consumption Expenditures) für Konsumausgaben im April (ohne die schwankungsanfälligen Energie- und Nahrungsmittelpreise) bekanntgegeben. Diese waren in den vergangenen Monaten kaum gestiegen, die US-Inflation liegt derzeit unter dem mit zwei Prozent veranschlagten Ziel der US-Notenbank. Das aus Sicht der Fed wichtige Inflationsmaß hat in den USA jüngst zu Zinssenkungsspekulationen geführt. Im Rahmen der aktuellen Entwicklung einiger Indexkomponenten rechnet der Konsens der Analysten für April nun aber mit einem Anstieg von 0,3 Prozent gegenüber dem Vormonat. Die Teuerung dürfte somit wieder etwas anziehen, was die Spekulation auf eine baldige US-Zinssenkung wieder etwas Dämpfen würde.

Auch in Deutschland werden zum Wochenschluss die ersten Verbraucherpreise auf Länderebene für Mai bekanntgegeben. Aufgrund feiertagsbedingter Verschiebungen (Pfingsten) zum Vorjahr wird für Mai mit einem nur moderaten Anstieg der Preissteigerung gerechnet. Im Durchschnitt werden plus 0,3 Prozent zum Vormonat respektive plus 1,6 Prozent zum Vorjahr erwartet.

## Termine

<b>Montag, 27.05.2019</b>	<b>USA:</b> Feiertag: Memorial Day Es stehen keine marktrelevanten Daten an
<b>Dienstag, 28.05.2019</b>	<b>EWU:</b> Geldmenge M3 und Kredite an den privaten Sektor (beide Apr.); Wirtschaftsvertrauen ESI (Mai) <b>USA:</b> Verbrauchervertr. Conference Board (Mai)
<b>Mittwoch, 29.05.2019</b>	<b>DEU:</b> Einzelhandelsumsätze (Apr.) <b>FRA:</b> Verbraucherpreise (Mai)
<b>Donnerstag, 30.05.2019</b>	<b>USA:</b> Bruttoinlandsprodukt Q1, 2. Schätzung; schwebende Hausverkäufe (Apr.) Feiertag
<b>Freitag, 31.05.2019</b>	<b>CHN:</b> Einkaufsmanagerindex für das verarbeitende Gewerbe (Mai) <b>DEU:</b> Verbraucherpreise, erste Länderergebnisse (Mai) <b>USA:</b> Einkommen und Ausgaben der privaten Haushalte; Preisindex für Konsumausgaben ohne Nahrungsmittel und Energie (alle Apr.); Chicago Einkaufsmanagerindex (Mai); Verbrauchervertrauen im Mai, endgültig (Universität of Michigan)

## Disclaimer

Die Inhalte in diesem Dokument wurden von der Union Investment Privatfonds GmbH nach bestem Urteilsvermögen erstellt und herausgegeben. Eigene Darstellungen und Erläuterungen beruhen auf der jeweiligen Einschätzung des Verfassers zum Zeitpunkt ihrer Erstellung, auch im Hinblick auf die gegenwärtige Rechts- und Steuerlage, die sich jederzeit ohne vorherige Ankündigung ändern kann.

Als Grundlage dienen Informationen aus eigenen oder öffentlich zugänglichen Quellen, die für zuverlässig gehalten werden. Für deren Aktualität, Richtigkeit und Vollständigkeit steht der jeweilige Verfasser jedoch nicht ein. Alle Index- bzw. Produktbezeichnungen anderer Unternehmen als Union Investment werden lediglich beispielhaft genannt und können urheber- und markenrechtlich geschützte Produkte und Marken dieser Unternehmen sein.

Alle Inhalte dieses Dokuments dienen ausschließlich Informationszwecken. Sie dürfen daher weder ganz noch teilweise verändert oder zusammengefasst werden. Sie stellen keine individuelle Anlageempfehlung dar und ersetzen weder die individuelle Anlageberatung durch die Bank noch die individuelle, qualifizierte Steuerberatung. Für die Eignung von Empfehlungen zu Fondsanteilen oder Einzeltiteln für bestimmte Kunden oder Kundengruppen übernimmt Union Investment daher keine Haftung.

Dieses Dokument wurde mit Sorgfalt entworfen und hergestellt, dennoch übernimmt Union Investment keine Gewähr für die Aktualität, Richtigkeit und Vollständigkeit. Es wird keinerlei Haftung für Nachteile, die direkt oder indirekt aus der Verteilung, der Verwendung oder Veränderung und Zusammenfassung dieses Dokuments oder seinen Inhalt entstehen, übernommen.

Stand aller Informationen, Darstellungen und Erläuterungen:  
24. Mai 2019, soweit nicht anders angegeben.

## Ihre Kontaktmöglichkeiten

Union Investment Service Bank AG  
Weißfrauenstraße 7  
60311 Frankfurt am Main  
Telefon 069 58998-6060  
Telefax 069 58998-9000  
[www.union-investment.de](http://www.union-investment.de)

## Impressum

Union Investment Privatfonds GmbH  
Investment Office  
Weißfrauenstraße 7  
60311 Frankfurt